

Mit religiösem Sonntagsblatt

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.20 Mk., für den Monat 1.40 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4,47 Mark, monatlich 1,49 Mark mit Beifügen; für Abholer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — **Anzeigenpreis:** 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausm. Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile 200 Mk.; bei Wiederholungen entspr. Nachsch. **Schluss der Anzeigen-Nachnahme:** für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Anzeigen Vorabend 6 Uhr. **Postfach-Nachnahme:** Nr. 1632 beim Postfachamt Frankfurt a. M.

Wegen die Socialisirung schreibt die Handelskammer Karlsruhe: Nach dem von der Socialisirungskommission der Reichsregierung vorgelegten Entwurf zu einem Stammgesetz über die Kommunalisirung von Wirtschaftsbetrieben sollen u. a. auch das Bäder-, Regier- und Baugewerbe der Kommunalisirung anheim. Wird der Entwurf angenommen, so werden die Kommunen zu Experten veranlaßt, die nothwendigen zur Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Rechte führen müssen, zur Verhütung vieler zuirender Excessen und damit zur Vermeidung unserer bisherigen Volkswirtschaft, die nur durch die Selbst der Betriebe, durch die Egoisten, die Eigenthümer der Industrie, durch den Zwang und die Verschmierung zueinander und gegeneinander auf die Höhe gebracht worden ist, die wir vor dem Kriege zu verzeichnen hatten. Das Handwerk wird sich nicht ohne weiteres seine Betriebe durch die Gemeinwirtschaft aus der Hand nehmen lassen. Einmüthig wird es gegen die Subotisation seines Wirtschaftsbetriebs durch unumschränkten Doktrinarismus und wirtschaftspolitische Konzeptionspolitik Einspruch erheben und nöthigenfalls zur Selbsthilfe greifen. Was kann das Handwerk dafür, daß der in die Massen geschleuderte Gehackte durch die sofortige Einführung der sozialistischen Wirtschaftstheorie jedem ein jorgenloses Leben bei aufwiesender Berücksichtigung aller Bedürfnisse gesichert werden, die Massen zu immer größerer Steigerung ihrer Forderungen veranlaßt? Wenn die Regierung glaubt, diesem Drängen nachgeben und zu immer weitergehenden Verlusten die Socialisirung schreiten zu müssen, so ist es ihre Sache. Das Handwerk ist nicht gewillt, die kümmerlichen Reste, die ihm eine schon während des Krieges im Gehalt der Zwangswirtschaft und ihrer Kriegsgesellschaft begonnene Socialisirung noch übrig ließ, vollends zu verlieren zu lassen. Jedoch bezieht die nachstehende Gefahr, daß die beiden Massen die Undurchführbarkeit ihrer Forderungen erst erkennen, wenn es zu spät ist, wenn unsere Wirtschaft völlig ruarungsgerichtet ist. Die Handelskammer Karlsruhe wird gegen die als irrig erkannte Wirtschaftsanbahnung und gegen die dadurch dem Volkswirtschaftsbetriebe drohende Gefahr Stellung nehmen und die Regierung über die Einwirkung im Handwerk aufklären.

Die Proklamierung der Rhein. Republik gibt:
Hrn. Professor Crebe, Mitglied der French-
Landesversammlung, Veranlassung, in einem läng-
eren Artikel auf die Ursachen der Ausrufung der
Rheinischen Republik hinzuweisen. Wir entnehmen
dem sehr interessanten Artikel folgendes:

Wir dürfen die Frage nicht außer Acht lassen, wie es so weit hat kommen können. Die Sozialdemokratie verstand es mit ihrer Schroffheit und Unablenklichkeit, in kurzer Zeit Preußen noch viel unliebeter zu machen, als es jemals gewesen war. Das „*Ros von Berlin*“ blühte selbst in Gegenden, wo man vorher nicht einmal mehr von Trennung geträumt hatte. Die Stimmung in weiten Kreisen der Bevölkerung war namentlich im Westen gegen Berlin sehr gereizt. Dazu wurde die Austheilung Preußens aus innerpolitischen Gesichtspunkten vielfach erörtert. Kaiser Müller sah die Möglichkeit kurz nach Ausbruch der Revolution in der „*Deutschen Allgemeinen Zeitung*“ schon ernstlich ins Auge. Besonders aber sprach der bekannte Oberpräsident von Oldenburg, Herr von Batocki, dem alten Preußen im neuen Reich die Existenzberechtigung ab und wollte, es in seine natürlichen Bestandtheile zerlegen. Der Gedanke eines gänzlichen Umbaus des Reiches erhielt so immer neue Nahrung. Als dann der Verfassungsaustritt des Herrn Dr. Preuß (Demokrat) in seiner ersten Gestalt die Austheilung Preußens vorschlug, mußte man sich mit diesem Plane ernstlich beschäftigen. Der Verfassungsausschuß in Weimar wollte in dem vielgenannten § 15 sogar die Möglichkeit schaffen, nur durch das Reich, und ohne Zustimmung der betroffenen Einzelstaaten, Volksermittlungen über die Bildung neuer Gliedstaaten einzuleiten zu lassen. Auch die Verhandlung über das Verfassungswerk soll die Umbildung der vorhandenen Gliedstaaten allerdings mit deren Zustimmung möglich machen. Die Frage der Austheilung Preußens war und ist also offen; und man kann es daher niemand verwehren, die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, darzulegen und für eine Lösung dieser Aufgabe einzutreten, die ihm am zweckdienlichsten erscheint. Daß eine solche Lage in einem Augenblicke, in dem wichtige Teile des Reiches vom

Freunde beiseite sind, recht bedeutend in die Re-
gierung beduken müssen. Die Gefahr,
dass der Feind diese Verhältnisse ausnützen würde,
lag nahe. Falls der Feind nicht untergelockt wird,
ist zu befürchten, dass unsere Gegner durch Grün-
dung von Freistaaten im Westen Deutschlands ob-
ermächtig zu machen verstanden. Deshalb durfte die
Frage nicht angerührt oder sie musste schnell er-
ledigt werden. Die Regierung wünschte den Ein-
heitsstaat, mit dem ein überragendes Preußen
schlecht vereinbar war, sie überließ aber nicht klar,
wie weit sie auf diesem Wege schon gelangen konnte.
Wenn das Verfassungswerk nicht schnell und ein-
müthig zu erledigen war, musste man es überhaupt
zurückstellen, bis die Rechnung mit den Gegnern
abgeschlossen war. Volkseicht würde dann unter dem
Bruch der harten Fesseln, die uns aufgelassen wird,
eine Vereinigung unserer verwinkelten innerthal-
tlichen Verhältnisse sich von selbst angedrängt ha-
ben. Die Bewohner der Rheinlande fanden außer-
dem unter der Furcht, dass sie vom Feinde getrennt
werden könnten. Sie glaubten, diese Gefahr zu
sammen, wenn sie sich von Preußen loslösten und
einen eigenen Bundesstaat bildeten. Deshalb wa-
ren an der Bewegung auch Männer aus allen
Parteien betheilt. Eine Trennung vom Reich
kam nie in Frage. Die Regierung hat nichts
getan, um diese Bewegung in die Hand zu bekom-
men. Ebensovienig hat sie etwas getan, um die be-
rechtigten Beschwerden der Rheinländer
auf befriedigen. Erst in der Sitzung der Preuss.
Landesversammlung vom 28. Mai theilte der preuss.
Minister entgegenkommen auf dem Gebiete der
Verwaltung in Aussicht. Das war natürlich zu
spät, um noch irgendwie wirken zu können. Die
zweimalige Verprechung der rheinischen Angelegen-
heit in der Preuss. Landesversammlung war auch
nicht geeignet, Verabingung zu schaffen. Das Vor-
gehen ähmte ganz den alten Preussengoth, der es
nie verstanden hat, abweichende Meinungen zu
gewinnen. Ein Kettenreiben gegen das Centrum,
oder ein Foltergericht über das Centrum, wie ein
Blatt schrieb, vermag die rheinische Bevölkerung
eowohl nicht zu einer anderen Ansicht zu bekehren,
Gow wirkungslos musk der Vorwurf des Hochver-
rates verpuffen, zumal wenn er von den Ungehe-
ren des 9. November oder gar von den Schändern un-

